

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen	13
Verzeichnis der Abbildungen	19
Einführung	21
I. Einleitung und Problemstellung	21
II. Gang der Untersuchung	24
1. Teil: Die Institution Schwerpunktstaatsanwaltschaft	27
I. Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	27
1.) Vorbemerkung	27
2.) Entwicklung der Schwerpunktstaatsanwaltschaften	28
3.) § 143 Abs. 4 GVG als Ermächtigungsgrundlage	33
4.) Verhältnis von § 143 Abs. 1 GVG zu § 143 Abs. 4 GVG	34
a.) § 143 Abs. 4 GVG verdrängt § 143 Abs. 1 GVG	36
b.) § 143 Abs. 4 GVG erweitert § 143 Abs. 1 GVG	36
c.) Stellungnahme	37
5.) Länderübergreifende Schwerpunktstaatsanwaltschaften	42
a.) Auswertung der Rechtsprechung und Literatur	42
b.) Stellungnahme	42
aa.) Schwerpunktstaatsanwaltschaften als Gemeinschaftseinrichtungen	43
bb.) Zentralsammelstelle nach dem Modell Ludwigsburg	47
6.) Bildung von Wirtschaftsstrafkammern bei den Landgerichten	48
7.) Regionale Verteilung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Deutschland	49
a.) Auswertung der Informationen von den Justizministerien der einzelnen Bundesländer	50
b.) Zusammenfassung	53
8.) Bewährung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften	53
a.) Untersuchung Berckhauers über die Strafverfolgung bei schweren Wirtschaftsdelikten	55
b.) Bundesweite Erfassung von Wirtschaftsstraftaten nach einheitlichen Gesichtspunkten bei Liebl	55

c.) Stellungnahme	58
II. Rechtsvergleich	59
1.) Schwerpunktstaatsanwaltschaften in den Niederlanden	60
2.) Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Österreich	63
a.) Vorbemerkung	63
b.) Kritik an der Einrichtung einer zentralen Staatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung	65
c.) Auseinandersetzung mit den Kritikpunkten	66
3.) Schwerpunktstaatsanwaltschaften in der Schweiz	67
4.) Schwerpunktstaatsanwaltschaften in den USA	71
III. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des ersten Teils	73
 2. Teil: Die Staatsanwaltschaft als Instanz der wirtschaftsstrafrechtlichen Kontrolle	75
I. Staatsanwaltschaft als objektive Behörde	75
1.) Objektivitätspflicht der Staatsanwaltschaft	76
2.) Reichweite der Objektivitätspflicht	76
3.) Einschränkungen der Objektivität	78
a.) Allgemeines Strafverfahren vs. Wirtschaftsstrafverfahren	78
b.) Weisungsbindung nach §§ 146, 147 GVG	80
II. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des zweiten Teils	84
 3. Teil: Die Rechtsstellung des Wirtschaftsreferenten	87
I. Das Berufsbild des Wirtschaftsreferenten	87
1.) Anforderungsprofil	88
2.) Entwicklung der Beschäftigtenzahlen	88
3.) Aufgabenbefugnisse des Wirtschaftsreferenten	91
II. Die Bedeutung des Sachverständigenbeweises	96
III. Die Zulässigkeit des Einsatzes des Wirtschaftsreferenten als Sachverständiger	98
1.) Voraussetzung der „persönlichen Beauftragung zur Erstellung eines Gutachtens“	100
a.) Abgrenzung des persönlichen Gutachtens vom Behördengutachten	100
b.) Form der Beauftragung	104
2.) Voraussetzung des „eigenverantwortlichen und freien Erstattens“ ...	107
a.) Das Spannungsfeld von § 152 Abs. 1 GVG zur Sachverständigentätigkeit	107
aa.) Darstellung des Ermittlungspersonenstatus des Wirtschaftsreferenten in den einzelnen Bundesländern	108

bb.) Auswertung der Rechtsprechung zu der Frage der Zulässigkeit des Einsatzes einer Ermittlungsperson der Staatsanwaltschaft als Sachverständiger	110
(1) Urteil des Bundesgerichtshofs vom 11.01.1963 – 3 StR 52/62	110
(2) Urteil des Bundesgerichtshofs vom 04.06.1964 – 3 StR 13/64	110
(3) Zusammenfassung	111
(4) Übertragbarkeit der Grundsätze auf den Wirtschaftsreferenten	111
(5) Anwendung der Grundsätze auf den Wirtschaftsreferenten	112
(6) Beschluss des Amtsgerichts Bautzen vom 11.12.1996 – 12 Ds 110 Js 5178/96	113
(7) Anwendbarkeit der Grundsätze des Amtsgericht Bautzen auf die Stellung des Wirtschaftsreferenten	113
(8) Zwischenergebnis	115
b.) Ist eine Ermittlungsperson zwingend ein Organ der Staatsanwaltschaft?	115
c.) Organisationsrechtliche Eingliederung des Wirtschaftsreferenten bei der Staatsanwaltschaft	117
d.) Doppelrollentätigkeit des Wirtschaftsreferenten	120
3.) Ergebnis der Untersuchung zur Zulässigkeit des Wirtschaftsreferenten als Sachverständiger	121
IV. Möglichkeiten des Beschuldigten gegen die Auswahl des Wirtschaftsreferenten als Sachverständigen vorzugehen	122
1.) Überblick über mögliche Ablehnungsgründe des Wirtschaftsreferenten	123
2.) § 74 Abs. 1 S. 1 i.V.m. § 22 Nr. 4 StPO	125
a.) Voraussetzungen von § 74 Abs. 1 S. 1 StPO i.V.m. § 22 Nr. 4 StPO	125
aa.) Tatbestandsmerkmal „Beamter der Staatsanwaltschaft oder Polizeibeamter“	125
bb.) Tatbestandsmerkmal „in der Sache tätig werden“	126
(1) Erstellen von Sachverständigengutachten im Vorverfahren	127
(2) Ermittlungstätigkeit im Vorverfahren	129
cc.) Zwischenergebnis	134
b.) Sonderfall: Teilnahme des Wirtschaftsreferenten an Durchsuchungen	135

aa.) Sichtung und Überprüfung von Unterlagen auf ihre Bedeutung für das Strafverfahren im Rahmen der Durchsuchung	136
bb.) Durchsuchungstätigkeit und § 110 Abs. 1 StPO	137
cc.) Zwischenergebnis	140
2.) § 74 Abs. 1 S. 1 i.V.m. § 22 Nr. 4 StPO analog?	141
3.) § 74 Abs. 1 S. 1 i.V.m. § 23 Abs. 1, 2 StPO	143
4.) § 74 Abs. 1 S. 1 i.V.m. § 24 Abs. 2 StPO	144
a.) Hinweise auf weitere Straftaten	145
aa.) Wirtschaftsreferent regt ausdrücklich weitere Ermittlungen an	146
bb.) Gutachten des Wirtschaftsreferenten deutet auf neue Straftaten hin	146
cc.) Wirtschaftsreferent zieht rechtliche Schlussfolgerungen in seinem Gutachten	147
dd.) Eigenmächtiges Erweitern des Gutachtauftrags	149
ee.) Zwischenergebnis	150
b.) Verstoß gegen Nr. 70 Abs. 1 RiStBV	150
c.) Wirtschaftsreferent erstattet Strafanzeige gegen den Beschuldigten	152
d.) Dienstrechtliche Eingliederung des Wirtschaftsreferenten bei der Staatsanwaltschaft	153
e.) Doppelaufgabe des Wirtschaftsreferenten	154
f.) Kompetenz der Staatsanwaltschaft, einen Sachverständigen im Ermittlungsverfahren zu bestellen	154
g.) Sonderfall: Brandenburg	156
5.) Ergebnisse zu den Ablehnungsmöglichkeiten des Wirtschaftsreferenten wegen Besorgnis der Befangenheit	157
V. Weitere Ergebnisse der Empirie zur Vergütung des Wirtschaftsreferenten	158
VI. Reformvorschläge	160
1.) Überlegungen zur Auswahl des Sachverständigen durch das Gericht	160
2.) Anspruch auf Hinzuziehung eines weiteren Sachverständigen	161
3.) Reformvorschlag für ein echtes Beteiligungsrecht der Verteidigung bei der Auswahl des Sachverständigen	164
4.) Reformvorschlag zu einer Neuregelung des Organisationsrechts des Wirtschaftsreferenten	164
a.) Sachverständigengruppe bei Landeskriminalämtern und Polizeidienststellen	165

b.) Sachverständigengruppe bei Gerichten	165
c.) Eingliederung des Wirtschaftsreferenten bei den Fachministerien nach dem Vorbild des sachverständigen Verbindungsbeamten in den Niederlanden	166
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	169
Ausblick	175
Anlagen	177
I. Regelungen in Bezug auf den Wirtschaftsreferenten am Beispiel Nordrhein-Westfalen und Hessen	177
II. Rundverfügung zur Errichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft am Beispiel Hessen	182
III. Ausschnitt aus der Neuen Österreichischen Strafprozessordnung	184
Literaturverzeichnis	187